

SPD demokratischer pressediens

P. XXV. 184

30. September 1970

Die Bundeswehr ist keine Insel

Der Soldatenberuf muß entideologisiert werden

Von Alfons Pawelczyk SPD-MdB
Major der Bundeswehr und Mitglied des Ver-
teidigungsausschusses des Bundestages

Seite 1 und 2 / 53 Zeilen

Europa-Freizügigkeit für die Ingenieure

Von der Bundesregierung werden Initiativen
erwartet

Von Ludwig Fulda-Mann SPD-MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 2 / 46 Zeilen

Fatale Wahlkampf-Unterstellungen

Die CDU-Agitation gegen die Sozialdemokraten

Seite 4 / 40 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Ecker
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9733
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 806 648/806 647/
806 648 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 65 11

Die Bundeswehr ist keine Insel

Der Soldatenberuf muß entideologisiert werden

Von Alfons Pawelczyk SPD-MdB
Major der Bundeswehr und Mitglied des
Verteidigungsausschusses des Bundestages

Der Soldatenberuf besteht aus vielen Speziallaufbahnen. Sie sind der zivilen Umwelt vergleichbarer als manche wahrhaben wollen. Der Versuch, den Soldatenberuf aus dieser Vergleichbarkeit herauszuhalten, hat zu den Spannungen zwischen Bundeswehr und der übrigen Gesellschaft beigetragen.

Die Bundeswehr befindet sich heute nach 14 Jahren in einer Situation, die ein neues Ausbildungskonzept erfordert. Auch das Bemühen, einen Soldaten auszubilden, der, vielseitig vorbereitet, mit den verschiedensten Aufgaben fertig wird, ist gescheitert. Die komplizierten Anforderungen der spezialisierten Berufswelt machen nicht vor der militärischen Welt halt.

Ein neues Ausbildungskonzept muß unter anderem die folgenden Bedingungen erfüllen:

- 1/ Spezialisierung der Laufbahn bis herunter zu den Mannschaften,
- 2/ Austauschbarkeit von Spezialisten innerhalb und außerhalb der Bundeswehr,
- 3/ Auslese derjenigen, die die Voraussetzung zur Spitzenposition besitzen,
- 4/ Durchlässigkeit der Laufbahnen, die jedem jede Aufstiegsmöglichkeit offenhält, und
- 5/ Prüfungsabschlüsse innerhalb der Bundeswehr, die einen Berufsaufstieg außerhalb ermöglichen.

Wenn die Bundeswehr den komplizierten Anforderungen des Dienstbetriebes gerecht werden will, braucht sie Offiziere

mit Hochschulstudium. Die Aufgaben, die eine derartig kostspielige Ausbildung erfordern, müssen sorgfältig erfaßt werden. Sie gibt es erst im Stabsoffiziersbereich, also im höheren Dienst. Es wäre volkswirtschaftlich unverantwortlich, Abiturienten mit Hochschulstudium in Positionen zu verwenden, die auch von Soldaten mit großer praktischer Erfahrung ausgefüllt werden könnten.

Die Konsequenzen, die ich ziehe und vorlege, sind:

1/ Wenn der Offizier mit Hochschulstudium seine Laufbahn im höheren Dienst beginnt, ist die Vorbereitung auf die Aufgaben eines Zugführers und Kompaniechefs falsch. Er sollte nach einem praktischen Einführungsjahr sein etwa sechs Semester umfassendes Studium absolvieren und danach seinen Ausbildungsgang als Stellvertretender Kompaniechef (Hauptmann) abschließen. Am Ende dieser fünf bis sechs Ausbildungsjahre wird er zum Major befördert und kann zugleich Berufssoldat werden. Jetzt, nach Abschluß der "Lehrjahre", übernimmt dieser Offizier seine erste selbständige Aufgabe.

2 Alle anderen Offiziersstellen werden von Fachoffizieren besetzt, die über den Unteroffiziersdienstgrad aufsteigen. Die Bewerber für die Unteroffizierslaufbahn können wie bisher nach einem Dienstjahr Unteroffizier werden. Sie sollen anschließend zwei Jahre lang diese Funktion ausüben und danach einen Auswahllehrgang besuchen. Hier können sie sich für die Fachoffizierslaufbahn qualifizieren. Zu dieser Laufbahn sollen sämtliche Dienstposten vom Leutnant bis zum Hauptmann gehören.

Insgesamt braucht die Bundeswehr ein Ausbildungs- und Auswahlsystem, das jedem die Chance einräumt, sich durch Prüfungen für die gewünschte Laufbahn zu qualifizieren.

+ + +

Europa-Freizügigkeit für die Ingenieure

Von der Bundesregierung werden Initiativen erwartet

Von Ludwig Fellermaier SPD-MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Deutsche Ingenieurschul-Studenten fragen immer ungeduldiger, wann endlich die Grundlagen dafür geschaffen werden, daß sich Ingenieure freiberuflich in allen sechs Mitgliedsstaaten betätigen und niederlassen können. Eine noch größere Sorge bereitet ihnen die mögliche Nichtanerkennung ihrer Diplome.

Die EWG-Kommission hat in einer erfreulichen Initiative bereits im vergangenen Jahr Richtlinien zur Abschaffung der Beschränkung für die Ausübung freier Berufe im Rahmen der EWG vorgelegt. Diese Richtlinien, für deren Ausführungsbestimmungen die Mitgliedsländer selbst verantwortlich sind, sollen eine gegenseitige Anerkennung der Diplome und eine Koordinierung der Ausbildungsstrukturen ermöglichen. Dies ist der erste Versuch in der EWG, die Ausbildungssysteme im Fachhochschulbereich zu harmonisieren.

Das Europäische Parlament und der Wirtschafts- und Sozialausschuß der EWG haben sich zwischenzeitlich mit den Vorschlägen der Kommission befaßt und sie nachdrücklich unterstützt.

Der erste Richtlinienvorschlag sieht vor, daß die Mitgliedsstaaten jede Beschränkung der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit für Personen, "die freiberuflich schöpferische Tätigkeiten oder Forschungs-, Beratungs- und Anwendungstätigkeiten auf technischem Gebiet ausüben" aufgehoben werden sollen. In einem weiteren Vorschlag werden die sechs EWG-Staaten zu einer Übergangsregelung verpflichtet, wonach Mindestbestimmungen für Diplomhaber mit einer Berufserfahrung von wenigstens zwei Jahren erlassen werden müssen.

In diesem Richtlinienvorschlag sind die Mindestforderungen aufgeführt, denen die verschiedenen Ausbildungsarten entsprechen müssen, damit sie als gleichwertig zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten zu bezeichnen sind. In einem weiteren Richtlinienvorschlag wird aufgezeigt, wie bestimmte Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Ingenieurausbildung angeglichen werden müssen.

So erfreulich das schnelle Handeln von Kommission und Parlament auf diesem für die Bildung der Jugend so wichtigen Gebiet begrüßt werden muß, so verbindet sich aber damit gleichzeitig die Sorge der Verzögerung in der Verabschiedung der Richtlinien im Europäischen Ministerrat.

Es muß deshalb an die Bundesregierung appelliert werden, die im zweiten Halbjahr 1970 den Vorsitz im Ministerrat führt, ihren ganzen Einfluß in Brüssel geltend zu machen, damit es gerade im Interesse der deutschen Ingenieurschul-Studenten bald zur Verabschiedung der Harmonisierungsrichtlinien kommt.

Von der Ständigen Konferenz der Kultusminister muß erwartet werden, daß sie alle Voraussetzungen im Rahmen des Hochschulgesetzes schafft, damit die Factausbildung im künftigen Ingenieurbereich den Anforderungen in der Europäischen Gemeinschaft voll entspricht.

Fatale Wahlkampf-Unterstellungen

Die CDU-Agitation gegen die Sozialdemokraten

Die CDU-Agitation hat, in unmittelbarem Zusammenhang mit den am 8. und 22. November bevorstehenden Landtagswahlen in Hessen und Bayern, auf den Versuch umgeschaltet, die SPD in die politische, geistige und gesellschaftliche Nähe des Kommunismus zu rücken und sie so dem Wähler gegenüber suspekt machen zu wollen. Der Versuch ist nicht neu, aber er wird ungeachtet der nachdrücklichen Bemühungen der SPD, diese Agitation als haltlose Demütigung niedriger zu hängen, immer wieder unternommen, und zwar zumeist eben dann, wenn Wahlen vor der Tür stehen. Dabei sind sich auch führende Politiker der Christdemokraten nicht zu schade, in diesen Haßchor einzustimmen.

Die jüngste Aktion in dieser Agitationsserie ist der von der CDU-Zentrale parteioffiziell unternommene Versuch, ein Interview des Bundesministers im Bundeskanzleramt, Prof. Dr. Horst Ehmke, als angebliche Absichtserklärung der SPD zu mißdeuten, ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen in eine bedenkliche Nähe zur Gedankenwelt des SED-Staates zu rücken. Nichts in diesem Ehmke-Interview mit "Twen" rechtfertigt diese bösertige Auslegung. Natürlich bezieht der SPD-Politiker Front gegen einen völlig sterilen Antikommunismus, wie er jahrelang in der BRD en vogue gewesen war und heute noch dort zu finden ist, wo man sich gegenüber der Welt, in der wir leben, aus Dogmatismus abkapselt. Natürlich äußert Prof. Ehmke mehr als berechtigte Kritik an Fehl- und Mangelerscheinungen unserer Gesellschaft, die, wer wagt das anzuzweifeln, in vielem immer noch sehr unhuman ist und unterprivilegierte Gruppen zuläßt. Natürlich stellt er Entwicklungsformen in der DDR, die auch in der übrigen Welt Beachtung finden, zur unbefangenen Prüfung zur Debatte.

Aber Prof. Dr. Ehmke, dem ein CDU-Funktionär nicht die Bewertung und Beurteilung des Kommunismus zu lehren braucht, läßt natürlich auch nicht den geringsten Zweifel an der Unvereinbarkeit zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie zu. Mit Entschiedenheit verweist er in seinem Interview auf die politische Unfreiheit hin, die im kommunistischen Bereich mit Fortschritten erkauft wird. Aber das paßt nicht in die Wahlkampfagitation der christdemokratischen Parteiführung, die, scheinbar star wie einst und je, nur in schwarz und weiß malen will. Wenn etwas gefährlich und fatal ist, dann ist es diese unkritische Grundhaltung, an der die Zeit vorbeirint wie Regen.